52. Jahrgang. № 349. Dienstag, 17. Dezember 1907.

Bezugspreis ...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif ...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Christbaumschmuck ▭ Attrappen
21 Am See Kotillonfabrik von Oscar Fischer Am See 21.

Massiv Gold — fugenlos!
Das Paar von 10 bis 50 Mark.
— Gravierung gratis. —
Trauringe: Gustav Smy
Dresden-A., Moritzstrasse 10
(Ecke König Johann-Strasse).

Weihnachts-Ausstellung
Adolf Näter, Prager Strasse 26
Lederwaren. Reise-Artikel.
Durch Umbau ganz bedeutend vergrössert.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Moderne und antike Skulpturen in Bronze und Marmor :: :: :: :: ::
Stilgerechte Möbel :: :: Fayence
Beleuchtungs-Gegenstände :: :: ::
7 Prager Strasse
Bernhard Schäfer
Hoflieferant Sr. Maj. d. Königs u. Ihrer Maj. d. Königin-Witwe
Prager Strasse 7
Moderner Schmuck in Gold und Silber :: Silberwaren :: Lederwaren :: Fächer :: Stöcke und Schirme in reichster Auswahl :: ::

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Trocken, Südwestwind, später bewölkt, Nachtfrost.

Die Schwester des Königs, Erzherzogin **Maria Josefa**, kann der Beisetzung der Königin-Witwe **nicht** beiwohnen, da sie in Wien an Influenza **erkrankt** ist. Auch das Befinden des Prinzen **Johann Georg** läßt noch viel zu wünschen übrig.

Der **Kaiser** sprach dem König **Friedrich August** aus Anlaß des Ablebens der Königin-Witwe telegraphisch in herzlichen Worten sein Beileid aus. Alle europäischen Souveräne sandten Kondolenztelegramme. Viele Fürstlichkeiten haben ihre Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten angekündigt.

In der **Zweiten Kammer** widmete Präsident Dr. **Mehnert** der verstorbenen Königin-Witwe einen tiefempfundenen **Nachruf**.

Der **Reichskanzler** spricht sich in einem Schreiben an die Bundesregierung für eine **seltenere** Anwendung des **Zeugniszwanges** aus.

Es stellt sich heraus, daß das vom **Reichskanzler** empfohlene Gebetbuch des **katholischen** Pfarrers Reiter eine eifrige Propaganda für das **Zentrum** enthält.

Das **württembergische Kultusministerium** hat in der Angelegenheit des Tübinger Professors **Günter** dem **Bischof von Rottenburg** jede fernere Einwirkung auf die Lehrtätigkeit der Universitätslehrer **untersagt**.

Reichstagsabgeordneter Dr. **Stresemann** teilt uns mit, daß er die vielerörterte Aeußerung gegen den **Prinzen Rupprecht**, wie das Stenogramm beweist, **überhaupt nicht getan** hat.

Die **Reichsballonhalle** bei Friedrichshafen wurde durch einen **Orkan** ziemlich **schwer beschädigt**, der Zeppelinsche Ballon ist **unversehrt**.

Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle in Deutschland im Jahre 1906 betrug 910 275.

Die Aktiengesellschaft **Krupp** überwies der **Arbeiter-Stiftung** wiederum 1 **Million Mark**.

Im **Harden-Prozeß** wurde die Verhandlung auf Donnerstag **vertagt**, da Harden wegen Erkrankung an **Brustfellentzündung** nicht erscheinen konnte. Das Gerücht von einer **friedlichen Beilegung** des Streites taucht wieder auf.

Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es zu einem erbitterten **Handgemenge**.

In **Persien** kam es wegen der Einführung der Verfassung wiederum zu **ernsten Unruhen**; das Ministerium trat zurück, der **Belagerungszustand** wurde verhängt.

Japan wird seine Truppen auf **Korea** vermehren.

Im **Chemnitzer Krematorium** fanden im ersten Geschäftsjahre 406 Einäscherungen statt.

Preußen und der Vatikan.

In eine schwierige kirchenpolitische Lage fällt der Rücktritt des schwer leidenden Freiherrn von Rotenhan von dem Posten des preußischen Gesandten bei der römischen Kurie. Der jetzt aus seinem Amte scheidende Diplomat folgte im Jahre 1898 auf Otto von Bülow, hat also gerade noch die letzte Zeit der zentrumsherrlichen Hochkonjunktur im Deutschen Reiche erlebt. Inzwischen ist die Wendung vom 18. Dezember 1906 eingetreten, die das Zentrum aus seiner so lange angemaßten Stellung als „regierende Partei" hinausgeworfen und unter anderen gesetzgeberischen Maßnahmen der nun eingeleiteten nationalen Blockpolitik auch ein verschärftes Vorgehen gegen die polnische Gefahr in Gestalt der Enteignungsvorlage gebracht hat. Diese veränderten Verhältnisse sind nicht ohne merkliche Reflexwirkung auf die Stimmung der offiziellen vatikanischen Kreise gegenüber Deutschland und der preußischen Regierung geblieben. In den letzten Jahren, als der Alpdruck der ultramontanen Vorherrschaft sich in so beklemmender Weise auf unser gesamtes politisches Leben gelegt hatte, daß uns schier der nationale Atem zu versagen drohte, hörte man im Vatikan nur eitel Lobrednerei über die deutschen Zustände. Die päpstliche Presse und die jesuitisch-ultramontanen Würdenträger überboten sich förmlich in Anerkennungen der guten Behandlung, welche die Katholiken in deutschen Landen genössen, und es schien eine ausgemachte Sache zu sein, daß das Deutsche Reich der Nachfolger in der Gunst und Fürsorge des Vatikans an Stelle Frankreichs, der „entarteten ältesten Tochter der Kirche", werden sollte. Allen ehrlichen protestantischen Deutschen mußte bei diesem Getue angst und bange werden; sprach doch daraus nur zu deutlich eine kaum noch verhüllte machtgeschwollene Siegesgewißheit, die ihrer Sache schon völlig sicher zu sein und den Ausgang der „Entscheidungsschlacht zwischen Protestantismus und Ultramontanismus auf märkischem Sande" bereits in der Hand zu haben glaubte.

Neuerdings hört man's anders. Die Polen und ihre Hintermänner sind auf den Plan getreten und haben das Ohr Pius' X. für ihre tendenziöse Verketzerung der Pläne und Absichten der preußischen Regierung bei ihrem von der Pflicht der nationalen Selbsterhaltung gebotenen Abwehrfeldzuge gegen die polnische Gefahr gewonnen. In dem vatikanischen Stimmungsberichte eines Münchener Blattes, das von einer „vorzüglich informierten" Persönlichkeit stammt, die „absolute Leidenschaftslosigkeit mit intimerer Kenntnis aller in Betracht kommenden Personen und Dinge verbindet", wird versichert, man habe in Deutschland gar keinen Begriff, wie die Polen am Vatikan hetzten. Wo aber die polnischen Deutschenhasser an ihrem lichtscheuen Werke arbeiten, da sind auch gewisse Zentrumselemente nicht weit. Solange der „unzerbröckelbare Turm" des Zentrums besteht, hat alles, was polnisch heißt, dort jederzeit Unterschlupf und Vertretung gefunden, und stets ist das sonstige Bestreben der ultramontanen Partei, ihr politisches Tun und Lassen mit gewissen nationalen Arabesken zu verschnörkeln, an der Polenfrage gescheitert. Hier hörten alle anderen taktischen Rücksichten auf. Die polnischen Schützlinge, mochten sie auch noch so derbe Fußtritte gegen das Zentrum austeilen, blieben immer die lieben verhätschelten Kinder und bis zur vollendeten Würdelosigkeit liefen die Zentrumsführer hinter ihnen her und buhlten förmlich um ihre Gunst. Auch jetzt angesichts der neuen Polenvorlage der preußischen Regierung ist die ultramontane Partei ihrer unzerstörbaren Anhänglichkeit an das fremde Element treu geblieben und hat es sich angelegen sein lassen, den vatikanischen Boden mit jesuitischem Pfluge tüchtig umzuackern, daß die polnische Saat üppig darin aufgehen und gedeihen kann.

Der Trick, den das Zentrum gebraucht hat, um Pius X. zu umgarnen und ihm eine gründlich verkehrte Auffassung von den Ursachen der Krisis des 13. Dezember 1906 und den Zwecken und Zielen der preußischen Regierung in der Polenfrage beizubringen, ist zwar für ein normales Begriffs- und Auffassungsvermögen sehr abgestanden und verbraucht. Im Vatikan hat es aber doch verfangen, weil Pius X. nichts weniger als ein „erleuchteter Geist", wie sein diplomatischer Vorgänger Leo XIII. ist, sondern nur ein ziemlich beschränkter Kopf, der sich noch dazu mangels entsprechender Sprachkenntnisse nicht selbständig über ausländische Verhältnisse unterrichten kann. Sein Sinn und Interesse ist in erster Linie auf das religiöse Moment gerichtet, während Politik und Diplomatie ihm fremde Welten sind. Diese Eigenheit hat nun das deutsche Zentrum schlau auszunützen verstanden, indem es in das vom Papste bevorzugte Jesuiten-Organ „Civilta cattolica" einen bereits an anderer Stelle kurz erwähnten Artikel lancierte, der durch seine ausdrückliche Kennzeichnung als Korrespondenz aus Deutschland seinen Ursprung nur zu deutlich verrät und darin gipfelt, daß dem Reichskanzler Fürst Bülow unterstellt wird, er habe lediglich aus persönlichen Gründen, um sich im Amte halten zu können, den Kampf gegen das Zentrum ins Leben gerufen und friste sein Dasein lediglich weiter von der religiösen Verfolgung der Katholiken. Auf solche Weise ist in Pius X. die Vorstellung wachgerufen worden, daß in Deutschland alle Bande religiöser Scheu mit einem Schlage gelöst seien und das noch vor kurzem als besonders wohnliches Katholikenheim vom Vatikan hochgeschätzte Deutsche Reich urplötzlich von einem neuen Kulturkampfe nach dem Muster der 70er Jahre durchtobt werde.

Der neue preußische Gesandte bei der römischen Kurie, Herr **von Mühlberg**, gerät also in ein Milieu, das nicht gerade leicht zu behandeln ist. Bezeichnend für die Schwierigkeiten der Stellung Herrn von Mühlbergs ist der Umstand, daß sich gleich von der Schwelle aus eine deutsche offiziöse Kundgebung gegen falsche vatikanische Auffassungen wenden muß. Ein vom Vatikan inspiriertes Blatt hatte nämlich angedeutet, der neue preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhle solle sich bemühen, die Stimmung vatikanischer Kreise gegenüber Deutschland zu verbessern und die Kurie in der polnischen Frage ins deutsche Fahrwasser hinüberzuziehen. Davon ist nach der Bülow-offiziösen „Südd. Reichskorr." gar keine Rede. Die preußische Regierung erwartet von der Kurie nichts weiter als politische Neutralität, denkt aber nicht entfernt daran, den Vatikan gegen die Polen auszuspielen. Im übrigen findet sich in der offiziösen Kundgebung noch die bemerkenswerte Stelle: „Daß man den päpstlichen Stuhl in die Polenfrage zu politischem Zwecke hineinzuziehen sucht, ist schon richtig, aber nicht von preußischer oder deutscher, sondern von polnischer und polenfreundlicher Seite. Diese Treibereien sind bekannt, und man wird sie im Auge behalten müssen." Danach ist die preußische Regierung, wie ja auch nicht anders zu erwarten war, über die deutschfeindlichen Machenschaften im Vatikan wohl unterrichtet und zur Abwehr bereit; insbesondere der Hinweis auf die Umtriebe von „polenfreundlicher" Seite läßt erkennen, daß Fürst Bülow seinen ultramontanen Pappenheimern aus dem Zentrumslager nicht über den Weg traut und genau weiß, wessen er sich von ihnen zu versehen hat. Vorläufig wird von deutscher offiziöser Seite freilich noch nicht zugegeben, daß die gekennzeichnete deutschfeindliche Kulissenpolitik im Vatikan von Erfolg gekrönt sei; die Behauptung von einem „Umschwunge gegen Berlin" soll mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sein. Im Augenblick mag das formell noch richtig sein in dem Sinne, daß das Züngelein an der Wage noch schwankt. Die Entscheidung muß aber fallen, wenn die Neubesetzung des Stablewskischen Erzbischofssitzes nicht länger hinausgeschoben werden kann. An der Erledigung dieser Frage wird der preußische Gesandte Herr von Mühlberg die erste schwere Probe auf sein neues Amt zu bestehen haben, deren Ausfall jeden Zweifel darüber beseitigen muß, ob ein offizielles Einvernehmen zwischen Preußen-Deutschland und dem Vatikan nur um den vom nationalen Standpunkte aus unbezahlbaren Preis einer ultramontan-polnischen Vorherrschaft im Deutschen Reiche möglich ist.

„Monte Christo" der beste Blutwein! In allen Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich.

Neueste Drahtmeldungen vom 16. Dezember.

Zur Krisis im Flottenverein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Es wird mitgeteilt, daß Generalmajor **Keim** sich anfänglich gegen die Wahl zum geschäftsführenden Vorsitzenden gesträubt, und daß er sich erst zur Annahme entschlossen habe, nachdem sowohl der stellvertretende geschäftsführende Vorsitzende Geheimrat Buslen wie der erste Vizepräsident Exz. v. Sarwey erklärt hatten, sie könnten allein die wachsende Arbeitslast nicht mehr bewältigen. Weiter heißt es, weder vom Prinzen Rupprecht, noch vom Landesverband Bayern sei ein Protestschreiben gegen die Wahl Keims beim Präsidium des Flottenvereins eingelaufen. Daß Prinz Rupprecht sein Protektorat im Falle der Wahl Keims niederlegen würde, hat in seinem Auftrage das bayrische Präsidialmitglied Kammerherr von Spieß dem Präsidium des Flottenvereins mitgeteilt: Das mußte doch wohl genügen. In München war heute das Gerücht verbreitet, Generalmajor Keim sei von seiner Stellung als geschäftsführender Vorsitzender zurückgetreten. Auf Erkundigungen an zuständiger Stelle wurde der „Post" dieses Gerücht als böswillige Erfindung bezeichnet, auch dem „Lokal-Anzeiger" wird gemeldet, General Keim beabsichtige nicht im entferntesten sein Amt im Vorstande des Flottenvereins niederzulegen. Am Mittwoch findet eine Vorstandssitzung statt, in der über die Einberufung einer Generalversammlung des Vereins beraten werden soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Einberufung beschlossen werden. Der Generalversammlung wird dann die ganze Angelegenheit unterbreitet, und wenn sie gegen den Vorstand entscheidet, wird dieser zurücktreten. Dem „Lok.-Anz." zufolge besteht übrigens in hiesigen maßgebenden Kreisen die Ansicht, daß die Verdienste des Generalmajors Keim um den Flottenverein zwar unbestreitbar sind, daß sie sich aber wohl kaum vermehrt haben durch die jüngsten Ereignisse, die um so weniger verständlich seien, als General Keim im voraus auf das bestimmteste über den Austritt des Prinzen Rupprecht im Falle seiner Wahl informiert gewesen sei. — Aus Stuttgart wird gemeldet: Der „Schwäbische Merkur" erklärt die Nachricht von dem angeblichen Beitritt des württembergischen Flottenvereins zu Bayerns Stellungnahme als eine unbegründete Vermutung. Das Blatt konstatiert, daß seitens des württembergischen Landesausschusses in der ganzen Angelegenheit noch keinerlei Erörterungen stattgefunden haben.

Prozeß Moltke-Harden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Medizinalrat Dr. **Hoffmann**: Wir fanden Herrn Harden, der sich seit heute in ärztlicher Behandlung befindet, im Bett liegend vor. Er erklärte, daß er auf ausdrücklichen Befehl des Arztes nicht gekommen wäre. Er hätte ein lebhaftes Interesse an der Verhandlung, müsse aber zugeben, daß er nicht glaube, die Verhandlung aushalten zu können. Er hat heftige Kopfschmerzen, Hustenanfälle und eine rechtsseitige Brustfellentzündung. Ob diese Anfälle zu einer neuen schweren Krankheit führen oder im Entstehen wieder verschwinden, ist zweifelhaft. Ich möchte eher annehmen, daß es sich um einen leichteren Fall handelt. Es wäre doch vielleicht zu versuchen, Herrn Harden am Donnerstag zu vernehmen. — Justizrat **Bernstein**: Herr Harden hat mich ersucht, dem Gerichtshof mitzuteilen, daß er lebhaft wünsche, die Verhandlung so bald wie möglich stattfinden zu lassen. Wenn sie zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden könnte, wäre